



Frau
Dr. Angela Merkel
Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union (CDU)
- persönlich -
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

Berlin, 20. Januar 2012

EEG unverzichtbar für die Umsetzung der Energiewende

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

mit großer Verwunderung nehmen wir die aktuellen Diskussionen und Forderungen einzelner Politiker der christlich-liberalen Koalition zur Abschaffung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) wahr. Die Forderungen stellen nicht einfach nur mögliche „Anpassungen“ bei der Förderung Erneuerbarer Energien dar, sondern bedeuten eine komplette Abkehr vom erfolgreichen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dies steht im klaren Gegensatz zum Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb, in dem explizit der Erhalt des EEG verankert wurde. Gleichzeitig würde ein zentraler Pfeiler des Umbaus der Stromversorgung zum Einsturz gebracht werden.

Schon das Schreiben der drei Fraktions- und Landesgruppenvorsitzenden von November letzten Jahres und die im letzten Satz jenes Schreibens indirekt angedeutete Deckelung des EEG droht das bisher wirksamste Instrument zum Umbau des

1

Energiesystems und den verlässlichsten Rahmen für Klimaschutzinvestitionen in Deutschland auszuhebeln. Im Jahre 2010 gab es insgesamt Investitionen in Höhe von 26,6 Mrd. EUR in die Errichtung von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien – gut 89 Prozent davon (knapp 24 Mrd. EUR) gehen auf das EEG zurück.

Selbstverständlich gilt es, die Kosteneffizienz des EEG und der einzelnen von ihm erfassten Technologien stets zu verbessern, um unnötige Belastungen der Verbraucher zu vermeiden. Dabei gilt es aber auch die Sonderlasten im EEG genauer zu prüfen, die direkt und indirekt die EEG-Umlage erhöhen (Berechnungsverfahren der EEG-Umlage, Ausnahme- und Privilegierungstatbestände und Vermarktungsprämien) – auch hier besteht Einsparpotential, um die Belastung der Bevölkerung zu reduzieren. Aber eine Deckelung oder gar die Abschaffung des EEG würde die Investitionswirkung dieses Instruments sofort beenden und den Umstieg auf Erneuerbare Energien zum Erliegen bringen. Nicht nur zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen sondern auch die praktischen Erfahrungen mit der Erneuerbaren-Energien-Förderung in der Europäischen Union seit mehr als einem Jahrzehnt belegen die Wirksamkeit und gleichzeitige Kosteneffizienz von Einspeisegesetzen wie dem EEG. Deshalb haben sich bisher alle Bundesregierungen für den Erhalt des EEG eingesetzt und sich gegen Quotenmodelle ausgesprochen.

Das vor kurzem novellierte EEG wurde erst am 4. August 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat erst vor wenigen Wochen am 1. Januar 2012 in Kraft. Deshalb können hinsichtlich der Wirksamkeit der neuen Vergütungssätze und Degressionsvorgaben noch so gut wie keine Erfahrungen vorliegen, da Projekte aus dem Erneuerbaren-Energien-Sektor einen mehrmonatigen und z.T. auch mehrjährigen Vorlauf haben.

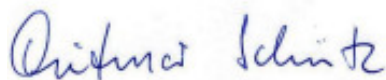
Für die Umsetzung der Energiewende sind verlässlich kalkulierbare Rahmenbedingungen für die Unternehmen notwendig. Mit dem im Sommer verabschiedeten Energie-Gesetzespaket sollten nun erste Schritte bei einem beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien erfolgen. Aber bereits die Umsetzung dieser ersten Schritte wird nun mit der Forderung nach einer Abschaffung des EEG und der möglichen Einführung eines Quotenmodells für Erneuerbare Energien eklatant wieder in Frage gestellt – die praktische Realisierung der Energiewende-Beschlüsse der Bundesregierung durch die investierenden Unternehmen wird somit gefährdet und jegliche Planungs- und Investitionssicherheit zerstört. Eine Umsetzung dieser Vorschläge käme einem Frontalangriff auf die Energiewende in Deutschland gleich.

Deutschland hat nicht zuletzt durch Ihre Entscheidungen international eine Vorbildrolle eingenommen. Ob und wie die Energiewende in einem Industrieland wie Deutschland ökonomisch und technisch erfolgreich umgesetzt werden kann, wird international sehr genau beobachtet. Eine fundamentale Abkehr vom EEG in Deutschland in die Diskussion zu bringen, würde national wie international als Rückschritt und Glaubwürdigkeitsverlust wahrgenommen werden. Statt über Rückschritte, Deckelungen oder gar die Abschaffung von erfolgreichen Instrumenten zu reden und die von Schwarz-Gelb zitierte Energiewende zu zerreden, sollte es nun ein klares Bekenntnis von Bundesregierung und Koalition zu den ersten eingeleiteten Schritten geben, damit es mit der Energiewende vorangehen kann. Für die nächsten Schritte zur Vollendung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien gilt es Antworten auf die wichtigen Fragen zu erarbeiten, wie der Energiebedarf endlich wirksam verringert und die Energieeffizienz

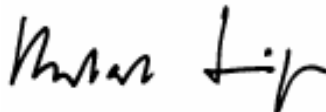
gesteigert werden kann; wie die Versorgungssicherheit und Netzstabilität mit Erneuerbaren Energien verbessert werden kann; wie auch im Gebäude- und Verkehrssektor endlich verlässliche Rahmenbedingungen für die verstärkte Nutzung von Effizienzmaßnahmen und Erneuerbaren Energien geschaffen werden können; wie das Marktdesign auf die Besonderheiten der Erneuerbaren Energien angepasst werden kann, damit es eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung geben kann.

Die unterzeichnenden Verbände bieten zu all diesen wichtigen Fragen der notwendigen Transformation des Energiesystems ihre Kooperation an.

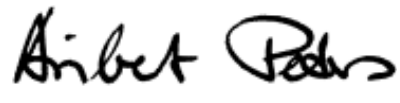
Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Schütz
(Präsident BEE)



Prof. Dr. Hubert Weiger
(Vorsitzender BUND)



Dr. Aribert Peters
(Vorsitzender Bund der
Energieverbraucher)



Rainer Baake
(Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe)



Brigitte Behrens
(Geschäftsführerin
Greenpeace Deutschland)



Olaf Tschimpke
(Präsident NABU)



Eberhard Brandes
(Vorstand WWF
Deutschland)

Kopie an:

Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit;
Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung;
Herrn Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag
Rainer Brüderle, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag
Gerda Hasselfeldt, 1. Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag